

Liebe Ollersdorferinnen, liebe Ollersdorfer!

Mit diesem Schreiben möchten wir Sie über die am Montag, den 6. Jänner 2025, um 17.00 Uhr stattgefundenen Gemeinderatssitzung informieren.

Heizkostenzuschuss – eingesetzt und durchgesetzt!

Bereits in unseren letzten GR-News haben wir berichtet, dass wir die Nicht-Auszahlung des Heizkostenzuschusses der Gemeinde seit dem Jahr 2023 kritisiert und im Gemeinderat diskutiert haben. Datenschutzrechtliche Probleme als „Ausrede“ für die Nicht-Auszahlung haben wir selbstverständlich nicht akzeptiert und den Amtmann aufgefordert, eine Lösung zu finden.

Mit unserer politischen Intervention sowie der Veröffentlichung dieses „Misstandes“ können wir nun einen Erfolg für die Ollersdorferinnen und Ollersdorfer verbuchen. Denn wir haben letztendlich Bürgermeister und Amtmann Strobl zum Handeln gezwungen. Der Heizkostenzuschuss kann ab sofort bei der Gemeinde beantragt werden!

So geht's! Wenn Sie den Wärmepreisdeckel des Landes Burgenland beziehen und ein Jahreshaushaltseinkommen von max. 23.000 Euro (netto) haben, können Sie ab sofort unter Vorlage der Zusage vom Land für den Wärmepreisdeckels und der Vorlage des Jahresnettoeinkommens den Heizkostenzuschuss der Gemeinde in der Höhe von 160 Euro pro Heizsaison beantragen.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an Ihren SPÖ-Gemeinderat in Ihrem Grätzel. Wir unterstützen Sie selbstverständlich gerne bei der Beantragung des Wärmepreisdeckels und des Heizkostenzuschusses!

Gemeindebudget 2025 – Sparen ja, aber nur bei den anderen? Nicht mit uns!

Warum die SPÖ-Gemeinderäte dem Budget 2025 nicht zustimmen konnten.

1. Weil die ÖVP-Fraktion die Vereinsförderungen gestrichen hat.
Das ist für uns nicht akzeptabel! Wir haben uns für den Erhalt aller Vereinsförderungen, der weiteren Ausbezahlung des Heizkostenzuschusses und des Fahrtkostenzuschusses (Klimaticket) für Studierende sowie gegen die Kürzung der Jugendtaxi-Gutscheine ausgesprochen.
2. Weil sich die ÖVP-Fraktion geschlossen gegen unsere Einsparungs-Vorschläge
 - ✓ Verzicht der bezahlten Gemeindefunktionäre (Bgm., Vzbgm., Gemeindevorstände und Kassier) auf die Gehaltserhöhung im Jahr 2025
 - ✓ Kürzung der Ausgaben für Rechts- und Beratungsaufwand um 50%
 - ✓ Kürzung der Reisegebühren für Gemeindefunktionäre um 50%
 - ✓ Einsparung bei Überstunden

und somit gegen den Erhalt der oben genannten Förderungen und Unterstützungsleistungen ausgesprochen hat. Die ÖVP spart lieber auf Kosten der Ollersdorfer Bevölkerung!

3. Weil Bürgermeister Strobl und die ÖVP-Gemeinderäte

- ✓ die Auszahlung einer Bekleidungsprämie für unsere Standesbeamten und
 - ✓ die Erhöhung der Kanalbenutzungsgebühr
- trotz unserer Kritik beschlossen haben.

Mit diesem Abstimmungsverhalten zeigten die bezahlten ÖVP-Funktionäre und ÖVP-Gemeinderäte, dass ihnen sprichwörtlich auf den Punkt gebracht „Das Hemd näher ist als der Rock.“ Denn Einsparungsmaßnahmen zu Lasten anderer zu beschließen ist wesentlich einfacher, als bei sich selbst zu sparen.

Unrealistischer Budgetentwurf 2025

Weitere Gründe, warum der Voranschlag ohne die Stimmen der SPÖ-Gemeinderäte beschlossen wurde:

Für 2025 ist für die Gemeinde Ollersdorf ein Verlust in Höhe von rund € -70.000 budgetiert. In Wirklichkeit wird dieser Wert wesentlich höher sein, denn Bürgermeister und Amtmann Strobl hat unrealistische Erträge (Einnahmen) budgetiert. Zwei Beispiele:

- ✓ Unter den Kanalbenutzungsgebühren wird mit einer Ertragszunahme von 25% gerechnet, obwohl die Kosten beider Parameter (m² Fläche und m³ Wasserbrauch) um max. 10% erhöht worden sind. Auf die Frage an den Bürgermeister wie sich das ausgehen soll, meinte er, dass sich nur der Wasserverbrauch 2025 entsprechend erhöhen müsse.
- ✓ Unter ‚Betriebe Wasserentsorgung‘ wurden Erträge von ca. € 300.000 aus Entschädigungszahlungen des Landes an die Gemeinde Ollersdorf geplant (analog zu den schon erhaltenen € 118.000, die seitens des Landes aber mittels außerordentlichen Rekurses beansprucht wurden). Sollte der Rechtsstreit nicht zugunsten von Ollersdorf ausgehen, erhöht sich auch der Verlust dementsprechend.

Seriosität bei der Budgeterstellung sieht anders aus.

Gemeinde übernimmt Kindergarten von Caritas

Der Kindergarten wird seit 1. Jänner 2025 nicht mehr von der Caritas, sondern von der Gemeinde selbst betrieben und verwaltet.

Nachdem auch die Kinder aus Hackerberg in Ollersdorf betreut werden, wurde ein einstimmiger Beschluss über die jährliche Kostenbeteiligung der Gemeinde Hackerberg gefasst.

Auch wurde eine Kooperationsvereinbarung mit den Gemeinden Hackerberg und Stinatz hinsichtlich einer gemeindeübergreifenden Ferienbetreuung einstimmig beschlossen. Das bedeutet, dass die Betreuung der Ollersdorfer, Hackerberger und Stinatz Kinder seit den Herbstferien 2024 wechselseitig einmal in Ollersdorf und einmal in Stinatz erfolgt. Den Eltern wurde bereits der Betreuungsplan für die kommenden Semester-/Oster- und Sommerferien mitgeteilt. Diese gemeindeübergreifende Kooperation ermöglicht eine lückenlose Betreuung auch in den Ferienzeiten und trägt somit wesentlich zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei.

Ökoenergiepark - Pachtvertrag mit hohem Risiko für die Gemeinde

Wie bereits berichtet, hat die Gemeinde - ohne die Zustimmung der SPÖ-Fraktion - einen Pachtvertrag für das Gemeindegrundstück, auf welchem der Ökoenergiepark seit 4 Jahren errichtet wird (aber leider noch immer nicht fertiggestellt ist) einen Pachtvertrag abgeschlossen.

Der Pachtzins, den die Gemeinde vom Pächter (= Energie Kompass GmbH) erhält, beträgt 1 Euro pro Jahr. Laut diesem Vertrag verzichtet die Gemeinde nicht nur auf die gesetzlichen Anschlussgebühren und die laufenden Gebühren für Wasser und Kanal, sondern sie verzichtet auch für 25 Jahre auf ihr Kündigungsrecht. Der Pächter kann jedoch jedes Jahr zum 31.12. kündigen. Für die Gemeinde birgt dieser Vertrag deswegen ein so hohes Risiko in sich, da die Gemeinde bei Vertragskündigung durch den Pächter, diesem den zum Kündigungszeitpunkt gültigen Gebäudebuchwert für die Ladestation und des noch immer in Bau befindlichen „solar two“ ersetzen müsste.

Um dieses Risiko zumindest zahlenmäßig erfassen zu können, warten wir bereits seit Oktober auf die Information des Bürgermeisters zur Höhe dieses Gebäudebuchwertes. In der Sitzung am 6. Jänner 2025 gab es diesbezüglich leider wieder keine zufriedenstellende Antwort von Bürgermeister Strobl. Er hat in der Sitzung wortwörtlich berichtet, dass es aktuell keinen Buchwert gibt, weil sich die Anlage in Bau befindet und noch nicht aktiviert ist.

Diese Information ist leider schlichtweg falsch, da man in der Buchhaltung alle Aufwendungen bis zur Fertigstellung unter der Position „In Bau befindlich“ sammelt und es demnach sehr wohl einen Buchwert geben muss! Daher liegt die Vermutung nahe, dass es Bürgermeister Strobl aufgrund der geschätzten Höhe aus wahltaktischen Beweggründen vorgezogen hat, den Gemeinderat besser nicht vor der Landtagswahl über die konkrete Summe des Gebäudebuchwertes zu informieren.

Nachdem die SPÖ-Fraktion in dieser Sache aber bereits seit Monaten nicht lockerlässt, hat man in den ÖVP-Reihen nun offensichtlich doch endlich einmal ernsthaft über das hohe Risiko, welches dieser Vertrag für die Gemeinde in sich birgt, nachgedacht. Bürgermeister Strobl hat nämlich berichtet, den Pachtvertrag insofern abändern zu lassen, dass auch die Firma Energiekompass auf ihr Kündigungsrecht für die nächsten 25 Jahre verzichtet. Diese Entscheidung sehen wir als sehr positiv und wir erwarten nun die Vorlage eines neuen bzw. abgeänderten Vertrages in der nächsten GR-Sitzung im März.

Selbstverständlich werden wir Sie in unseren nächsten GR-News über die Entwicklungen informieren.

Funktionsfähigkeit der Ladestation für E-Autos

Die Ladestation ist wieder funktionsfähig und wird mittlerweile vom Vertriebspartner ÖAMTC betrieben.

Hochwasserschutz

Sie wissen, dass wir uns bereits seit mehr als 2 ½ Jahren dafür einsetzen, einen Hochwasserschutz-Maßnahmenplan für nach wie vor gefährdete Gebiete in unserer Gemeinde zu erstellen. Dazu haben wir bereits im Juni 2022 einen Antrag im Gemeinderat eingebracht, diesen dann aber wieder zurückgezogen, da der Bürgermeister damals vorgeschlagen hat, die Erstellung eines Gefahrenzonenplanes samt Risikoanalyse seitens des Landes abzuwarten.

Nachdem es die Wetterextreme der jüngsten Vergangenheit nicht zulassen in dieser Sache untätig zu bleiben, haben wir im November 2024 zu diesem Thema wieder einen Antrag eingebracht, um vom Bürgermeister über den aktuellen Stand informiert zu werden.

Laut Bürgermeister Strobl wird seitens des Landes die fördertechnische Einreichung für den Gefahrenzonenplan in Ollersdorf im Frühjahr 2025 erfolgen. Selbstverständlich werden wir Sie auch in dieser Sache in unseren folgenden News am laufenden halten.

Dachsanierung Gemeindehaus

Nach dem kaputten Salzwasserspeicher (Kaufpreis rund 25.000 Euro) drohen der Gemeinde Kosten im sechsstelligen Bereich für die Dachsanierung des Gemeindehauses.

Bei der Errichtung des Gemeindehauses hat man seinerzeit - aus steuerlichen Überlegungen – eine eigene Errichtungsgesellschaft gegründet. In weiterer Folge hat man es dann offenbar verabsäumt, die für Geltendmachung von Gewährleistungsansprüche saubere Rechtsnachfolge sicherzustellen. Anders ist es nicht zu erklären, weshalb die Gemeinde - trotz Vorliegen eines versteckten Mangels - auf den Kosten für die Dachsanierung sitzen bleiben könnte.

Aufgrund der bisher durchgeführten Untersuchungen und Lokalaugenscheine wurde festgestellt, dass das Flachdach als dicht beurteilt werden kann. Die beiden Pultdächer sind undicht, allerdings konnten die genauen Punkte der Undichtheit bisher noch nicht lokalisiert werden.

Gasthaus Holper von Bürgermeister Strobl gekauft

Bereits bei der GR-Sitzung im September 2022 haben die SPÖ-Gemeinderäte vorgeschlagen, seitens der Gemeinde mit der Familie Holper über eine mögliche Folgenutzung des Gasthauses (Stichwort Generationenhaus) Gespräche zu führen und den Gemeinderat einzubinden.

Bis zur GR-Sitzung am 6. Jänner 2025 wurde von Strobl aber immer abgeblockt. Jetzt verkündet er, dass er diese Immobilie als Privatperson gekauft hätte, da die Gemeinde keine aufsichtsbehördliche Genehmigung für die notwendige Darlehenssumme erhalten hat.

Warum hat er im Vorfeld den Gemeinderat über die Kaufabsicht der Gemeinde nicht informiert? Wie hoch wäre der Kaufpreis bzw. die dafür notwendige Darlehenssumme gewesen? Welche Nutzung wäre angedacht gewesen, wären Renovierungs- bzw. Umbaukosten hinzugekommen?

Nachdem aber all diese Fragen niemals im Gemeinderat diskutiert wurden, erscheint uns seine Begründung „mir blieb nichts anderes übrig, als das Gasthaus privat zu kaufen“ als eher unglaubwürdig.

Weitere Fragen, beispielsweise ob der Theaterverein im Frühjahr 2025 seine Theatervorstellung im Gasthaus veranstalten wird können, beantwortete der Bürgermeister mit der Begründung, dass dies seine Privatsache sein, nicht.

Somit bleibt auch die Frage der Folgenutzung vorerst unbeantwortet.

Viele Misstände in der Gemeindeverwaltung

Dank der Unterstützung vieler Ollersdorferinnen und Ollersdorfer ist die SPÖ-Fraktion seit der letzten Wahl im Gemeinderat wieder stark vertreten. Wir nehmen den Auftrag, der Wählerinnen und Wähler sehr ernst, und bringen uns seither aktiv in die Gemeindegarbeit ein bzw. prüfen im Prüfungsausschuss unterschiedlichste Abläufe der Gemeindeverwaltung. Daher haben wir in den vergangenen zwei Jahren schon einige fehlerhafte Entscheidungen festgestellt und diese als sogenannte „Aufsichtsbeschwerde“ bei der zuständigen Gemeindeabteilung des Landes gemeldet.

Über zwei aus der jüngsten Vergangenheit möchten wir sie nachfolgend informieren. In beiden Fällen hat die Aufsichtsbehörde das nicht rechtskonforme Vorgehen von Bürgermeister Strobl bestätigt.

1. Bürgermeister als Wohnungsvermieter

Seit 2012 gibt es in Ollersdorf von der OSG erbaute Wohnungen. Davon kann die Gemeinde 12 Wohnungen im Rahmen des betreuten Wohnens, vertraglich geregelt, selbst vergeben. Bei Leerstand zahlt die Gemeinde die Miete.

Der soziale Bedarf wurde, laut Bgm., noch nie geltend gemacht. Somit werden diese Wohnungen ohne Richtlinie, ohne Aufzeichnungen von Wohnungswerbern, ohne Reihung, etc. willkürlich und eigenmächtig von einer Person – nämlich Bgm. Strobl - vergeben. Verträge werden von ihm und VP-Funktionären unterschrieben und dem GR vorenthalten, obwohl dies der burgenländischen Gemeindeordnung klar widerspricht.

Die Aufforderung der Gemeindeaufsicht, nach einer Aufsichtsbeschwerde der SPÖ, diese Mietverträge dem GR zur nachträglichen Beschlussfassung vorzulegen ignoriert er und hält an seiner Meinung fest. Er will weiter Wohnungen, die ihm aber nicht gehören, eigenmächtig vergeben. Frei unter dem Motto: Regeln sind dazu da um gebrochen zu werden!

2. Ferienbetreuung 2024 – zu hohe Elternbeiträge kassiert

Bei der GR-Sitzung im April 2024 wurde im Gemeinderat – ohne die Zustimmung der SPÖ-Gemeinderäte – die Höhe des Elternbeitrages für die Ferienbetreuung im Juli festgelegt.

GRin Isabell Strobl hat in ihrer Funktion als Behördenleiterin des dafür zuständigen Hauptreferates Bildung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung bereits in der GR-Sitzung eindringlichst darauf hingewiesen, diesen Beschluss nicht in dieser Form zu fassen, da die Höhe des Elternbeitrages mit max. 30 Euro pro Woche gesetzlich geregelt ist und der von Bürgermeister Strobl für Ollersdorf berechnete Elternbeitrag nicht gesetzeskonform und definitiv zu hoch ist.

Nachdem der Beschluss wie oben erwähnt – trotz Hinweis auf Rechtswidrigkeit – gefasst wurde, haben wir auch diese Entscheidung der ÖVP-Gemeinderäte der Gemeindeabteilung zur Prüfung vorgelegt und Recht bekommen. Alle betroffenen Eltern mögen sich daher bei der Gemeinde melden, um den zu viel verrechneten Elternbeitrag rück zu fordern!

Die Aufsichtsbeschwerde ist auf unserer Homepage unter www.ollersdorf.spoe.at abrufbar

Persönliche Angriffe und Alleingänge – Was braucht unsere Gemeinde wirklich?

Bürgermeister Strobl greift weiterhin zu persönlichen Angriffen, statt auf respektvollen Dialog und Zusammenarbeit zu setzen. Doch genau diese Werte – Respekt und Sachlichkeit – sind Grundpfeiler einer guten Gemeindefarbeit, für die wir, die SPÖ-Gemeinderäte, konsequent eintreten.

Ein besonders bezeichnendes Beispiel für den Alleingang des Bürgermeisters ist die Farce rund um das alte Feuerwehrfahrzeug, das die Kameraden am 10. Jänner, einen Tag vor dem Feuerwehrball, endgültig an den Bürgermeister übergeben mussten. Ohne Einbindung der Feuerwehr und der Gemeindevertretung entschied er im Alleingang, was mit dem Fahrzeug geschehen soll – entgegen den Wünschen der Einsatzkräfte. Damit stellt sich der Bürgermeister direkt gegen unsere Feuerwehr, einem unverzichtbaren Grundpfeiler unserer Dorfgemeinschaft, deren Mitglieder tagtäglich im Dienst der Allgemeinheit stehen. Unser Standpunkt ist klar: Wir stehen uneingeschränkt hinter unserer Feuerwehr und hätten den Weg des Dialogs gewählt, um eine gemeinsame Lösung zu finden.

Dieses Vorgehen reiht sich ein in eine lange Liste fragwürdiger Entscheidungen, von denen einige bereits von der Landesaufsichtsbehörde als nicht gesetzeskonform bestätigt wurden.

Besonders unverständlich bleibt für uns das Schweigen der ÖVP-Gemeinderäte. Sie lassen nicht nur sämtliche Entscheidungen des Bürgermeisters widerspruchslos passieren, sondern dulden auch dessen persönliche Angriffe auf politische Mitbewerber – ohne sich davon zu distanzieren. Wie kann es sein, dass niemand den Mut findet, unrechtmäßige oder fragwürdige Vorgänge zu hinterfragen oder sich für einen respektvollen Umgang auszusprechen?

Dieses Verhalten ist kein einmaliger Ausrutscher im Vorfeld der Landtagswahl, sondern ein wiederkehrendes Muster seit der letzten Gemeinderatswahl.

Wir fragen uns: Ist diese Form von Alleingängen und persönlichen Angriffen wirklich die Art von Politik, die sich die Bürgerinnen und Bürger von Ollersdorf – auch als Vertretung im Landtag – wünschen?

Am kommenden Sonntag sind Sie am Wort. Nutzen Sie Ihre Stimme für eine klare Antwort und ein starkes Zeichen, welche Art von Politik Sie sich wünschen. Ich würde mich über Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen freuen.

Gemeinsam für ein Ollersdorf mit Respekt, Zusammenhalt und Zukunft!

Ihre Vizebürgermeisterin Tanja Illedits & das SPÖ Team

Damit es weiter aufwärts geht!

Ihre Tanja Illedits

